

## Ulis Newsletter zur Corona-Krise vom 22.07.2020

Liebe Freundinnen und Freunde,

unser Gesetz zur Stärkung der Artenvielfalt und Biodiversität hat heute am späten Nachmittag den Landtag passiert! Es wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Zuvor wurde der erste Volksantrag, der seit der Verfassungsreform von 2015 in den Landtag gelangt war, diskutiert. Mit dem historischen Kompromiss beim Artenschutz und der Stärkung und Existenzsicherung der familienorientierten Landwirtschaft in Baden-Württemberg wurde der Volksantrag beantwortet. Mit diesem Biodiversitätsgesetz setzt sich Baden-Württemberg an die Spitze aller Bundesländer beim Arten- und Naturschutz. Zusammengenommen ist das heute beschlossene Gesetz ein weiterer Meilenstein für den Natur- und Artenschutz in Baden-Württemberg und zeigt: Im Südwesten denken wir in einem Guss und bringen den Erhalt der Artenvielfalt und den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft zusammen. Nachdem am Vormittag das erste Pandemiegesetz in einem deutschen Landtag beschlossen worden ist, war das war ein wirklich guter Tag für Demokratie, Artenschutz und die Landwirtschaft!

Herzliche grüne Grüße, Uli

### Entwicklung der Corona-Fallzahlen

#### **Bundesebene:**

22.07.2020: 202.799 Fälle insgesamt (& 454); 9.095 Todesfälle (& 5).

(Quelle: RKI, online aktualisiert um 08:40 Uhr)

#### **Landesebene:**

22.07.2020: 36.647 Fälle insgesamt (& 81); 1.838 Todesfälle (-); 34.019 genesen (& 41).

Im Land sind aktuell 790 Menschen infiziert.

(Quelle: Sozialministerium BW, 16 Uhr)

#### **Kreisebene:**

22.07.2020: 1031 Fälle insgesamt (& 5); 40 Todesfälle (-); 959 genesen (& 6).

Im Landkreis sind aktuell 32 Menschen infiziert.

(Quelle: Gesundheitsamt RNK, 12.30 Uhr)

## **Corona-bedingte Nachrichten**

### **Inland**

#### **Mit Lernbrücken in den Ferien können Schülerinnen und Schüler Unterrichtsstoff nachholen**

Heute haben wir im Landtag über den Schulbetrieb debattiert. Es ist gut, dass wir nach den Sommerferien wieder in den Schulbetrieb starten – mit dem Ziel eines Regelbetriebes. Wir müssen jedoch damit rechnen, dass Infektionen auftreten können und Klassen oder ganze Schulen wieder zurück in den Fernunterricht müssen. Deshalb begrüße ich es ausdrücklich, dass es für das „digitale Klassenzimmer“ endlich verbindliche Vorgaben gibt - wie die Grüne Landtagsfraktion von der Kultusministerin eingefordert hat. Lernlücken dürfen sich nicht vergrößern - Ziel muss sein, dass diese geschlossen und aufgeholt werden. Deshalb unsere Forderungen an die Kultusministerin:

- Unterstützung für unsere Lehrer\*innen, um Schulen im Bereich der Pädagogik digital voranzubringen
- Lerndefizite systematisch feststellen, um entsprechende Unterstützungsangebote zu entwickeln
- Lernbrücken in den Ferien sind ein wichtiges Instrument, um Unterrichtsstoff nachzuholen. Sie werden aber viele Schüler\*innen nicht erreichen, da sie freiwillig sind. Deshalb fordern wir zusätzliche, dauerhafte Unterstützungsangebote, um allen Schüler\*innen die Möglichkeit zu geben, Lernstoff aufzuholen
- Unterstützung der Lehrer\*innen durch multiprofessionelle Teams - von Schulsozialarbeitern über Sozial- und Sonderpädagog\*innen, Student\*innen, Psycholog\*innen bis hin zu IT-Betreuern. So können sich unsere Pädagog\*innen aufs Unterrichten konzentrieren
- Ausstattung mit digitalen Endgeräten an den Schulen schnell voranbringen: Mit unserem Soforthilfeprogramm und dem Digitalpakt können Kommunen jetzt schnell reagieren
- Schule muss für alle verpflichtend sein. Ausnahme: Vorerkrankung oder körperlichen Einschränkung verhindern eine Teilnahme am Unterricht. Hier fordern wir eine klare, nachvollziehbare Regelung, unter welchen Voraussetzungen eine Befreiung vom Präsenzunterricht erfolgt

#### **Die wichtigsten Streitpunkte rund um die Bildungspolitik**

SCHULPFLICHT - Eltern, die nicht wollen, dass ihr Kind am Präsenzunterricht teilnimmt, können dies der Schule formlos melden. Dann müssen die Kinder aus der Ferne mitlernen. Eine Attestpflicht für Schüler besteht nicht.

DIGITALISIERUNG - Tablets statt Tafel? Aus Sicht der Opposition hat Ministerin Eisenmann die Digitalisierung der Schulen in den vergangenen Jahren völlig verschlafen. Versäumnisse und Fehlentscheidungen würden sich nun in Zeiten des Fernunterrichts rächen.

SINGEN UND BLASMUSIK – Wegen der hohen Infektionsgefahr sollten Gesang und Blasmusik in geschlossenen Räumen an den Schulen nach den Ferien eigentlich verboten bleiben. Nach dem heftigen Protest von Chorverbänden können Gesangsfreunde nun hoffen. Ministerin Eisenmann will Singen in der Schule unter gewissen Bedingungen nun doch ermöglichen und prüfen, unter welchen Bedingungen das funktionieren kann.

### **Finanzielle Hilfen für Schausteller in Aussicht**

Das Wirtschaftsministerium hat finanzielle Hilfen für die Branche in Aussicht gestellt. Außerdem werde intensiv daran gearbeitet, Möglichkeiten für eine Öffnung von Veranstaltungen wie Floh- und Krämermärkten zu schaffen. Alle Entscheidungen bleiben aber stark daran ausgerichtet, dass wir das Infektionsgeschehen unter Kontrolle halten.

Bei der Überbrückungshilfe des Bundes für die Schausteller gibt es eine Förderlücke ausgerechnet dort, wo die finanziellen Belastungen für die meisten Unternehmen dieser Branche am größten sind. Deshalb soll es bei den Tilgungsraten für Kredite einen „ergänzenden Förderansatz zur Überbrückungshilfe“. In der kommenden Woche soll das Kabinett eine entsprechende Vorlage erhalten. Wir halten euch informiert.

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.wirtschaftsministerium-baden-wuerttemberg-finanzielle-hilfen-fuer-schausteller-moeglich.4c505257-f532-4b34-bfa5-f334b0ddc140.html>

### **Gesundheitsminister beraten über neue Corona-Regeln**

Für Rückkehrer von Auslandsreisen könnten wegen der Corona-Pandemie bald neue Regeln gelten. Die Gesundheitsminister von Bund und Ländern wollen am (heutigen) späten Mittwochnachmittag bei einer Schaltkonferenz darüber beraten. Im Gespräch sind mehr gezielte Tests. Eine Frage ist, ob dabei nur Rückkehrer aus stark vom Coronavirus betroffenen Staaten, die als Risikogebiete gelten, in den Blick genommen werden, oder auch aus anderen Ländern. Momentan sind viele Deutsche etwa in Frankreich, Spanien oder Griechenland im Urlaub - Ländern also, die nicht als Risikogebiet eingestuft sind.

<https://www.sueddeutsche.de/leben/tourismus-berlin-gesundheitsminister-beraten-ueber-neue-corona-regeln-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200722-99-883794>

### **DAK-Studie: Positives Homeoffice – weniger Stress, höhere Produktivität**

Weniger Stress, mehr Zeit für die Familie und sogar eine höhere Produktivität: Der Wechsel ins Homeoffice infolge der Corona-Krise war für viele Arbeitnehmer eine positive Erfahrung. Das geht aus einer Studie der Krankenkasse DAK hervor. Fühlten sich vor der Pandemie 21 Prozent der Beschäftigten regelmäßig gestresst, waren es während der Corona-Krise nur 15 Prozent. Der Anteil der Erwerbstätigen, die nie oder nur gelegentlich gestresst waren, stieg unterdessen von 48 auf 57 Prozent. Die Forschungsinstitute IGES und Forsa hatten für die DAK-Studie vor und während der Pandemie jeweils rund 7000 Beschäftigte befragt.

<https://www.heise.de/news/Studie-Positives-Homeoffice-weniger-Stress-hoehere-Produktivitaet-4849456.html>

## **Junge Erwachsene als Corona-Risiko?**

Noch immer stecken sich regelmäßig Menschen mit dem Coronavirus an. Häufig trifft es die Jüngeren. Viele tun so, als ob die Pandemie längst vorüber wäre. Die Folgen dieser Rücksichtslosigkeit tragen aber meist andere.

Die Zeichen stehen auf Lockerung. Mit jedem Schritt in diese Richtung wandert die Verantwortung für die Ausbreitung des Virus ein Stück von den politisch Handelnden zu den Bürger\*innen zurück. Man kann jetzt sehen, wer auf die Verantwortung pfeift: Es sind ausgerechnet die Jungen. Es sind Leute in ihren Zwanzigern und Dreißigern. Nicht alle natürlich, aber zu viele, so die FAZ in einem Kommentar zu diesem Thema

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/corona-pandemie-junge-erwachsene-sind-das-problem-16867106.html>

## **Mehr Plastikabfälle wegen Corona**

Home-Office, die Kantine ist immer noch geschlossen. Viele von uns haben den Kühlschrank deswegen gut gefüllt, oft liegen in Plastik verpackte Lebensmittel darin. Das Ergebnis: Laut dem Dualen System Deutschland (DSD), besser bekannt als der Grüne Punkt, einst Monopolist und Inbegriff der deutschen Mülltrennkultur, ist die Menge an Plastikverpackungen in den Mülltonnen von Privathaushalten im Frühjahr um etwa zehn Prozent gestiegen. Die Zahl bezieht sich auf die Monate, in denen wegen des Coronavirus so gut wie alle zu Hause bleiben mussten und wird in der Branche für plausibel gehalten. Solange viele weiter zu Hause arbeiten, dürfte sie weiter hoch bleiben. Ja und?, könnte man jetzt fragen. Wo ist das Problem?

<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/plastik-recycling-corona-1.4973050>

## **Ausland**

### **Eine notwendige Nachbetrachtung:**

#### **Was hat der EU-Gipfel nun eigentlich gebracht - ein „riesiger Schritt“ für Europa oder eher ein Debakel?**

Nur 25 Minuten haben nach Zeitrechnung der EU gefehlt, um den mehr als 91-stündigen Brüsseler Sondergipfel zum Haushalt für die kommenden sieben Jahre zum längsten in der Geschichte der Union zu machen. In die Historie wird er allerdings dennoch eingehen - denn erstmals hat die EU beschlossen, gemeinsam im großen Stil Schulden aufzunehmen und diese gemeinsam über Jahrzehnte abzustottern.

Das Paket umfasst 1074 Milliarden Euro für den siebenjährigen Haushaltsrahmen bis 2027 und 750 Milliarden Euro für ein Konjunktur- und Investitionsprogramm. Zum Vergleich: Das europäische Programm für 27 Länder ist damit fünf Mal so groß wie das deutsche Corona-Konjunkturpaket mit seinen 130 Milliarden Euro.

Was bedeutet das alles? Die wichtigsten Antworten im Überblick:

### **Was kostet der Deal den Steuerzahler?**

Deutschland muss künftig etwa zehn Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich in den EU-Haushalt zahlen. Die jährlichen Überweisungen liegen damit künftig nach Regierungsangaben bei etwa 40 Milliarden Euro brutto. Dies liegt vor allem daran, dass der Union nach dem Austritt Großbritanniens ein großer Nettozahler fehlt - also ein Land, das mehr einzahlt, als es zurückbekommt. In der Haushaltsperiode von 2014 bis Ende 2020 überwies Berlin pro Jahr rund 25,5 Milliarden nach Brüssel. Hinzu kamen Zölle und Zuckerabgaben in Höhe von durchschnittlich 4,05 Milliarden Euro, die die Bundesrepublik für die EU erhebt und die von der Bundesregierung mitgerechnet werden.

Deutschland bekommt allerdings auch EU-Gelder aus Brüssel. Wie viel Mehrbelastung künftig unterm Strich übrigbleibt, war zunächst offen. 2018 hatte Deutschland nach Angaben der Kommission rund 13,4 Milliarden Euro mehr in den EU-Haushalt eingezahlt, als es herausbekommen hatte.

### **Und was ist mit den Corona-Hilfen?**

Auch die werden für Deutschland teuer. Die Bundesrepublik dürfte entsprechend ihres künftigen Anteils am EU-Haushalt rund ein Viertel der Kosten schultern. Von den geplanten direkten Finanzhilfen in Höhe von 312,5 Milliarden Euro wären das in etwa 80 Milliarden Euro - wobei Deutschland aber auch selbst mehr als 20 Milliarden Euro ausbezahlt bekommen könnte.

### **Was bekommt Deutschland aus dem Haushalt zurück?**

In etwa die Hälfte des Geldes, das Deutschland in den EU-Haushalt überweist, floss zuletzt in irgendeiner Art und Weise wieder zurück - zum Beispiel in Form von Landwirtschaftshilfen und Forschungsmitteln. Beim EU-Gipfel handelte Merkel jetzt zudem eine Sonderzahlung in Höhe von 650 Millionen Euro für Regionen in Ostdeutschland aus. Eine weitere Sonderzahlung in derselben Höhe wird es für den Landwirtschaftssektor geben. Die EU-Kommission betont zudem immer wieder, dass Deutschland mit Abstand der größte Profiteur des EU-Binnenmarktes ist. Schätzungen zufolge könnten sich der jährliche Vorteil auf rund 200 Milliarden Euro belaufen.

### **Ist der Gipfel wirklich „historisch“?**

Das Wort ist schwülstig, aber beschlossen wurde tatsächlich etwas Neues: Die EU-Kommission soll das Recht bekommen, im Namen der EU Schulden im großen Stil aufzunehmen und das kreditfinanzierte Geld als Zuschuss vor allem an die von der Pandemie betroffenen Staaten weiterzugeben. Dieses Geld - 390 Milliarden Euro - wird von allen 27 Staaten gemeinsam über den EU-Haushalt jahrzehntelang abbezahlt, also nicht nur vom Nutznießer. Das ist ein gigantisches Gemeinschaftsprojekt und eine Umverteilung in nie gekanntem Maßstab. EU-Befürworter sehen darin einen wichtigen Schritt, enger zusammenzuwachsen. Kritiker fürchten genau das.

### **Wie sollen die Riesenschulden abbezahlt werden?**

Mit im Paket sind neue eigene Finanzquellen für die europäische Ebene, zum Beispiel die Plastikabgabe oder Klimazölle auf im Ausland umweltschädlich produzierte Waren. Das soll helfen, die Schulden gegenzufinanzieren. Der EU-Haushalt wird damit aber auch etwas weniger abhängig von den Gaben der europäischen Hauptstädte.

### **Hilft das Paket, wie angekündigt, Klima und Digitalisierung?**

Ja - aber nicht im ursprünglich geplanten Umfang. Eigentlich wollte die EU-Kommission knapp 200 Milliarden Euro für konkrete EU-Programme reservieren. Diese Zweckbindung fiel teils den Verhandlungen zum Opfer. So wurden die für das Forschungsprogramm Horizon vorgesehenen Mittel von 13,5 auf nur noch 5 Milliarden Euro reduziert. Ähnlich erging es einem Fonds, der die sozioökonomischen Auswirkungen der Umstellung auf klimafreundlichere Technologien abmildern soll. Er wird nun nur mit 10 statt mit 30 Milliarden Euro unterstützt. Das Programm InvestEU, das eine nachhaltige Infrastruktur, Forschung, Innovation und Digitalisierung fördern soll, verliert sogar 28 Milliarden Euro. „Das ist nicht sparsam. Das ist dumm“, kommentierte der Politikwissenschaftler Henrik Enderlein auf Twitter.

### **Wer sind die politischen Gewinner, wer die Verlierer?**

Besonders aufgeräumt zeigten sich nach dem Gipfel die Vertreter der selbsternannten „Sparsame Vier“: Österreich, die Niederlande, Dänemark, Schweden, mittlerweile erweitert um Finnland. Österreichs Kanzler Sebastian Kurz lobte diesen Bund als Interessenvertretung der kleineren Staaten gegen die großen. Gelohnt hat sich der Einsatz vor allem in Form von sehr großen Beitragsrabatten für diese Staaten. Und sie drückten die Summe der nicht rückzahlbaren Zuschüsse von 500 Milliarden auf 390 Milliarden Euro.

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban feierte seinerseits, dass die Vergabe von EU-Geldern nicht wie geplant an die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards geknüpft werde. Das stimmt so nicht - doch ist die entsprechende Klausel dazu in der Abschlusserklärung reichlich vage formuliert. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gibt sich trotzdem sicher, dass die neue Klausel durchgreifen werde.

### **Wie geht es jetzt weiter - ist der Deal wirklich schon durch?**

Nein. Das Europaparlament muss den EU-Haushalt billigen - und will jetzt mitreden und nachverhandeln. „Das Europäische Parlament kann das Rats-Ergebnis so nicht akzeptieren“, sagte der Grünen-Haushälter Rasmus Andresen. Vor allem die Formulierung der Rechtsstaatsklausel kritisierte er scharf als „Kuschen vor Orban“. Von der Leyen kündigte sofortige Beratungen mit den Abgeordneten an und betonte, ohne das Parlament gehe gar nichts. Nötig ist darüber hinaus eine Ratifizierung durch nationale Parlamente in allen 27 EU-Staaten. Dabei geht es um den sogenannten Eigenmittelbeschluss. Dahinter versteckt sich das Recht der Kommission, Schulden aufzunehmen, für die die EU-Staaten in letzter Konsequenz haften müssen.

### **War der EU-Gipfel ein Erfolg oder Debakel?**

Das ist wohl eine Perspektivfrage: Optimisten sagen, das Treffen habe gezeigt, dass die EU-Staaten für die Gemeinschaft letztlich doch an einem Strang ziehen. Für Pessimisten hat der Gipfel tiefe ideologische Gräben und Interessenskonflikte offenbart, die das Ergebnis

verwässert und ein starkes Signal der Geschlossenheit an internationale Konkurrenten und Partner wie China und die USA verhindert haben.

### **Neuer Rekordwert an Neuinfektionen mit Coronavirus**

Das israelische Gesundheitsministerium teilte am Mittwoch mit, am Vortag seien 1977 neue Corona-Fälle gemeldet worden - ein Rekordwert. Ein Wert von 2000 Neuinfektionen pro Tag gilt in dem Land als Marke für noch schärfere Einschränkungen bis hin zu einem kompletten Lockdown. Mitte Mai hatte die Zahl der täglichen Neuinfektionen in dem Land noch im zweistelligen Bereich gelegen. Nach raschen Lockerungen schnellen die Zahlen jedoch seit Ende Mai immer weiter in die Höhe.

<https://www.swp.de/panorama/corona-israel-aktuell-rekordwert-an-neuinfektionen-mit-coronavirus-48781474.html>

### **Bis zu 600 Millionen Dosen Impfstoff für die USA**

Das Mainzer Biotechunternehmen Biontech hat gemeinsam mit dem US-amerikanischen Partner Pfizer eine weitere Liefervereinbarung für den eigenen Impfstoffkandidaten gegen das Coronavirus abgeschlossen. Demnach haben sich die USA bis zu 600 Millionen Dosen gesichert. In den USA leben knapp 330 Millionen Menschen. Man befinde sich zudem „in fortgeschrittenen Gesprächen mit zahlreichen anderen Regierungen“ und hoffe, bald weitere Lieferabkommen bekanntgeben zu können, sagte der Biontech-Gründer und Vorstandschef und deutsche Mediziner Uğur Şahin.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/corona-impfstoff-von-biontech-bis-zu-600-millionen-dosen-fuer-usa-16871688.html>

### **Nachrichten – (fast) ohne Corona**

#### **Gutachter hält Angeklagten im Halle-Prozess für voll schuldig**

Im Prozess um den mutmaßlichen rechtsextremen Attentäter von Halle hält ein Gutachter den Angeklagten nach Darstellung seiner Verteidigung für voll schuldig. "Das ist jedenfalls die vorläufige Auffassung des Sachverständigen", sagte Verteidiger Hans-Dieter Weber in Magdeburg.

Als das Tat-Video von Stephan B. gezeigt wurde, verließen mehrere Nebenkläger den Saal. Andere schauten während des gut halbstündigen Videos weg, manche bedeckten ihre Augen und hielten die Hände ihrer Anwälte oder Begleiter. Im Gebäude des Magdeburger Landgerichts kümmerten sich sechs Seelsorger um die Verletzten und Hinterbliebenen des Anschlags. Aber auch Besucher und Journalisten konnten ihre Hilfe in Anspruch nehmen.

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-07/rechtsextremismus-attentaeter-halle-schuldfaehigkeit-prozess-tatvideo>

## **Datenschutz: Digitalpolitiker warnen vor WhatsApp**

Ohne Überwachungssoftware können offenbar verschlüsselte WhatsApp-Nachrichten mitgelesen werden. Nicht nur deshalb warnen Politiker auch Behörden vor der Nutzung des Messengers. Ein Bericht über eine bisher unbekannte Zugriffsmöglichkeit des Bundeskriminalamts (BKA) auf den zu Facebook gehörenden Messenger WhatsApp alarmiert die Politik.

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/datenschutz-digitalpolitiker-warnen-vor-whatsapp/26025468.html>

## **Rhein-Neckar-Kreis**

### **Hirschberger Gewerbepark wird trotz Protests erweitert**

Der erste Schritt zur Erweiterung des Hirschberger Gewerbeparks nach Süden hin ist getan. In seiner Sitzung am Montag fasste der Gemeinderat mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, FDP, Freien Wählern und Bürgermeister Ralf Gänshirt den Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans "Gewerbepark Hirschberg Süd, 2. Änderung". Widerspruch gab es von der GLH, die zunächst Kriterien verlangte. Vor dem Ratssaal protestierte der Verein „Landerlebnis“.

[https://www.rnz.de/nachrichten/bergstrasse\\_artikel,-bebauungsplan-beschlossen-hirschberger-gewerbepark-wird-trotz-protests-erweitert-arid,525318.html](https://www.rnz.de/nachrichten/bergstrasse_artikel,-bebauungsplan-beschlossen-hirschberger-gewerbepark-wird-trotz-protests-erweitert-arid,525318.html)

**Verschwörungsmythen**

**und Antisemitismus**

**in Zeiten von Corona**



**Ein Webtalk von Uli Sckerl MdL  
mit Dr. Michael Blume, Beauftragter  
der Landesregierung gegen Antisemitismus  
Montag, 27. Juli, 19:30 bis 21:00 Uhr  
Anmeldungen unter [WK@Uli-Sckerl.de](mailto:WK@Uli-Sckerl.de)**

## Tag für Tag – wichtige Informationsquellen

### Webseiten

#### Bundesebene und weltweit:

[https://www.rki.de/DE/Home/homepage\\_node.html](https://www.rki.de/DE/Home/homepage_node.html)

<https://www.youtube.com/playlist?list=PLRsi8mtTLFAyJaujkSHyH9NqZbgm3fcvy>

(Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung)

<https://www.bmbf.de/de/faktencheck-zum-coronavirus-11162.html>

(Faktencheck des Bundesministeriums für Bildung und Forschung)

#### Baden-Württemberg:

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/coronavirus-liveblogbw-100.htm>

<https://www.verbraucherzentrale-bawue.de/beratung-daheim>

**Rhein-Neckar-Kreis:**

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/start/landratsamt/coronavirus+faq.html>

**Wichtig für euren persönlichen Umgang:**

[https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-](https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-NeckarKreis2016/get/params_E1009443154/2445770/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinsch)

[NeckarKreis2016/get/params\\_E1009443154/2445770/Merkblatt\\_Coronavirus\\_Selbsteinsch](https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-NeckarKreis2016/get/params_E1009443154/2445770/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinsch)  
[h%C3%A4tzung.pdf](https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-NeckarKreis2016/get/params_E1009443154/2445770/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinsch)

**Wichtige Infos in anderen Sprachen:**

[https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-undperson/informationen-](https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-undperson/informationen-zumcoronavirus)  
[zumcoronavirus](https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-undperson/informationen-zumcoronavirus)

**Informationen in leichter Sprache:**

[https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/coronavirusleichte-](https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/coronavirusleichte-sprachegebaerensprache)  
[sprachegebaerensprache](https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/coronavirusleichte-sprachegebaerensprache)

**Hotlines Baden-Württemberg:**

Telefonberatung für psychisch belastete Menschen: 0800 377 377 6 (täglich, 8 bis 20 Uhr)

Hotline Landesgesundheitsamt: 0711 904-39555 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr)

Corona-Hotline für Unternehmen: 0800 40 200 88 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr, kostenfrei)

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“: 0800 011 6010 (aufgrund der Isolation rechnen  
Expertinnen und Experten mit einem Anstieg an Gewalt, insbesondere gegen Frauen –  
schrecklich!!)

Task Force „Beschaffung Schutzkleidung“: 0800 67 38 311 (Mo – Fr, 7 bis 22 Uhr; Sa – So, 9 –  
18 Uhr) (Wer etwa Atemschutzmasken, Mundschutze etc. spenden will oder Ideen zur  
Bestellung hat, soll sich bitte hier melden)

**Rhein-Neckar-Kreis:** Hotline Gesundheitsamt Rhein-Neckar 06221 – 522 – 1881 (Mo – Fr,  
7.30 – 19 Uhr)